

FORDERUNGEN DER ALJP ZUM 3. MAI, DEM INTERNATIONALEN TAG DER PRESSEFREIHEIT

Zum diesjährigen Internationalen Tag der Pressefreiheit fordert die ALJP erneut:

- Ein Zugangsrecht für professionelle Journalist*innen festlegen und damit endlich den in den EU quasi-universell bestehenden Standards gerecht werden.

Es ist ein Armutszeugnis der luxemburgischen Politik, dass die politischen Entscheidungsträger*innen sich weiterhin weigern, mit einem gesetzlich verankerten Informationszugangsrecht für Berufsjournalisten dem internationalen Standard gerecht zu werden. Der politische Wille, welcher der ALJP über die Jahre hinweg immer wieder signalisiert wurde, reicht nicht aus. Wir fordern Taten!

- Festlegen einer legal bindenden Definition des Berufes des*der "professionellen Journalist*in", die es erlaubt, Unklarheiten bei der Beantragung bzw. der Vergabe von Pressekarten und der staatlichen Pressehilfe zu beheben sowie den Anwendungsbereich des Deontologiekodexes zu verdeutlichen.

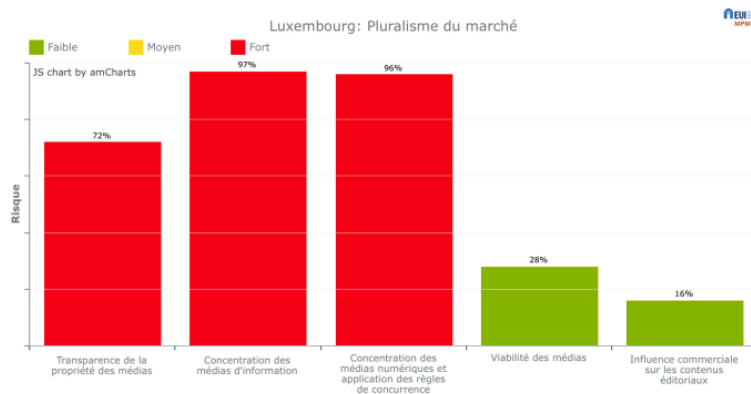
Die ALJP setzt sich für einen hohen journalistischen Standard ein. Doch der Mangel einer eindeutigen, offiziellen Berufsdefinition führt zu einer Verschlechterung des Bildes des Berufsstandes und reduziert die Pressekarte zu einer Eintrittskarte für die Pressehilfe. Die Pressehilfe, die für die Unterstützung tatsächlicher journalistischer Arbeit vorgesehen ist, kann somit in direkter Folge des Mangels einer klaren Journalist*innen-Definition für nicht-journalistische Verwendungszwecke missbraucht werden. Dies ist nicht im Sinne der ALJP, die sich für eine höhere Wertschätzung ihrer Mitglieder und deren Arbeit einsetzt.

- Die Zurücknahme der einseitig umgesetzten Reduktion der staatlichen Pressehilfen von 50.000 auf 30.000 Euro jährlich pro professionelle*r (m) Journalist*in, nachdem diese im Projet de Loi in Rücksprache mit den Verlegern und Journalisten auf ersteren Betrag festgelegt wurde. Die Reduktion ist ohne Rücksprache mit den betroffenen Parteien passiert und äußert sich heute in akuten finanziellen Engpässen in vielen Medienhäusern.

Personalreduktionen, das Ersetzen erfahrener Berufsjournalist*innen durch schlechter bezahlte Berufseinsteiger*innen “und Quereinsteiger*innen” und Existenzängste innerhalb vieler Redaktionen sind Zeuge einer desolaten Situation bei vielen Medien des Landes, die zu einem Großteil auf eine finanzielle Unsicherheit zurückzuführen ist. Diese Zustände werden umso frappanter im direkten Vergleich mit den rund 15 Millionen Euro, die dem privaten Unternehmen CLT-UFA jährlich als finanzielle Unterstützung zukommen. Von diesen fließen je 50.000 Euro jährlich direkt und integral zurück in die Taschen der politischen Entscheidungsträger*innen, die im Verwaltungsrat der CLT-UFA sitzen. Diese Konstellation ist in den Augen der ALJP dem Medienpluralismus direkt entgegengesetzt und resultiert in einer Überrepräsentation eines einzelnen Mediums auf Kosten aller anderen.(1) Illustration:

3.2. Pluralisme du marché (62% - Risque moyen)

L'aire du Pluralisme de marché traite des risques liés au degré de concentration économique et de transparence en matière de propriété des médias, à la pérennité de l'industrie médiatique, aux pressions économiques et commerciales sur les journalistes. Le premier indicateur examine l'existence et l'efficacité des normes en matière de transparence de la propriété des médias. Le degré de concurrence et de pluralisme externe est évalué séparément pour les médias d'information (production de l'information) et pour les médias numériques (canaux d'accès à l'information), en prenant en compte la concentration horizontale et conglomérale, celle du marché publicitaire en ligne et le rôle des autorités de concurrence. L'indicateur portant sur la viabilité des médias mesure l'évolution des revenus et de l'emploi dans le secteur, à l'aune de celle du PIB. Le dernier indicateur vise à évaluer l'influence d'intérêts privés sur la production de contenus.



(1)

- Das gänzliche Zurückziehen der “Circulaire Bettel” und “Circulaire Bettel 2.0”

Die Existenz der “Circulaire Bettel” kommt weiterhin einem effektiven Verbot für jegliche Kommunikation zwischen Journalist*innen und Staatsbeamten unter Androhung der Kündigung gleich. Effektiv verbietet dies 25% der Bevölkerung Luxemburgs, ohne Absprache mit ihrem Vorgesetzten mit Journalist*innen zu sprechen. Die Tatsache, dass eine Circulaire, über die nie eine demokratische Entscheidung getroffen wurde, die Hälfte der Gesellschaft knebelt, ist absurd und demokratiefeindlich. Der Erlass der “Circulaire Bettel 1.0” ist mit dem Prinzip der Meinungs- und Äußerungsfreiheit fundamental inkompatibel. Die Minimalanpassungen der Version 2.0 haben zu keiner effektiven Verbesserung geführt. Die ALJP hat kein Vertrauen,

dass eine Version 3.0 diesen Trend brechen wird und sieht alleine in der kompletten Abschaffung der Circulaire einen Weg, diese effektive Zensur abzuschaffen.

- Schaffen eines offiziellen Pressesprecher*innen-Postens, um die Kommunikation betreffend politische Stellungnahmen zu vereinfachen.

Während die Pressestellen der unterschiedlichen öffentlichen Verwaltungen ständig wachsen, scheint diese Entwicklung keinen positiven Einfluss auf ihre Fähigkeit zu haben, Presseanfragen politischen Charakters zeitnah zu beantworten. Diese scheinen aktuell vorauszusetzen, dass sich die Minister*innen oder Regierungsräte persönlich mit diesen Fragen befassen, was routinemäßig zu langen Wartezeiten führt. Die Erstellung eines Pressesprecher*innen-Postens oder die Befugnis für eine*n oder mehrere bestehende Pressestellen-Mitarbeiter*innen, politische Fragen zu beantworten, sollte dabei helfen, Kommunikationsbarrieren abzubauen. Das Problem liegt m.E. hier bei der Trennung von Verwaltung und Politik. Aber es gibt durchaus Regierungsräte, die vom Minister habilitiert werden, auf politische Fragen zu antworten.

(1) <https://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/74697/MPM2022-Luxembourg-LB.pdf?sequence=3&isAllowed=y>